

## EHRE UND PFLICHT – IM EINSATZ FÜR DIE GARDE

Die Tätigkeit als Personalvertreter ist ein unbesoldetes Ehrenamt, das neben den Berufspflichten auszuüben ist. So sieht es das PVG vor und so leben wir es auch. OStWm Dario Skelo stellt sich mit seinem jungen Team dieser Aufgabe und tritt bei der heurigen Personalvertreterwahl für seine KameradInnen bei der Garde an. Mit viel Elan möchte er und sein Team Alternativen aufzeigen und vor allem ein Sprachrohr für alle Kameraden sein. Wir trafen Dario zu einem Interview. Seite 12

### INTERVIEW

04



Rudolf Plessl der erfahrene Polizist vertritt unsere Interessen im Parlament. Wir trafen den Abgeordneten zu einem Gespräch und fragten zu Themen wie Budget, Entschließungsantrag, Teiltauglichkeit nach.

### FACHAUSSCHÜSSE BLEIBEN

08

Angriff auf Deine/Eure Interessenvertretung abgewehrt. Die Personalvertretung ist eine auf Fachbereiche und auf Bedürfnisse der Bediensteten ausgerichtete Organisation. Diese erfolgreiche und bestens bewährte Struktur sollte, aus politischen Motiven heraus, geändert werden.

### HÜTCHENSPIELER

14

Das PVG schreibt eindeutig vor, dass die Tätigkeit als Personalvertreter ein unbesoldetes Ehrenamt ist. Meldungen über finanzielle „Zuwendung“, ähnlich wie aus so manchen Politikerkreisen bekannt, lassen Böses erahnen.



**HARALD SCHIFFERL**  
FSG Vorsitzender

**T**urbulente Wochen liegen hinter und vor uns. So manche Urlaubsstimmung wurde bestimmt durch aktuelle Meldungen zum Bundesheer getrübt. Das Österreichische Bundesheer ist budgetär so schlecht aufgestellt, dass einige Aufgaben nicht mehr erfüllt werden könnten. Mit dieser drastischen Einschätzung beim Tag der Miliz in St. Pölten im Juni 2019, sorgte Bundesminister Thomas Starlinger für Schlagzeilen.

Bereits im März 2019 ist der Generalstabschef des österreichischen Bundesheers mit der Nachricht an die Öffentlichkeit gegangen, dass das Bundesheer mit dem von der ÖVP/FPÖ vorgegebenen Budget seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.

In einem Artikel der Presse vom 19. Juni 2019 warnt der Minister vor einer „Heerespleite. 2020 könnten Betriebs- und Personalkosten das Budget sprengen.“ In diesem Artikel in der Presse stellt der Minister auch klar, dass er in seiner Amtszeit keine politischen Entscheidungen treffen werde. Das betrifft auch die schon mehr als überfälligen Entscheidungen im Luftbereich, wie den Ankauf neuer Hubschrauber und die Nachfolge der Saab105 Flugzeuge. Meiner Meinung nach, ist es nur mehr eine Frage von kurzer Zeit, bis diese (durch den Regierungsbruch verursachte) Verzögerung und Nichtentscheidung auch Auswirkungen auf die Bediensteten des Bundesheeres haben wird.

---

**FPÖ versprach 1% des BIP –  
20 Monate später wissen wir, dass es leere  
Versprechungen waren**

Uns allen sind die Versprechungen der FPÖ vor der letzten Nationalratswahl im Oktober 2017 noch gut in Erinnerung. Nicht nur ich habe mir die Aussendung aufgehoben, in der die Anhebung des Landesverteidigungsbudgets auf

mindestens 1% des BIP versprochen wird. Jetzt – etwa 20 Monate und eine Kurzregierung später – wissen wir, dass es leere Versprechen waren. Der österreichischen Bevölkerung und uns Bediensteten der Landesverteidigung ist nun aufgrund der „Hilferufe“ von Minister Starlinger klar, wie desaströs die budgetäre Lage beim Bundesheer ist. Bereits im August 2018 wies das Wochenmagazin Profil auf die kritische Lage hin; „Beim Militär wird seit 20 Jahren gespart. Doch selten war der Ausblick derart düster. Und das mit einem FPÖ-Politiker und Berufssoldaten an der Heeres-Spitze: Verteidigungsminister Mario Kunasek.“

Ich habe bereits mehrmals an den Parlamentsbeschluss des Jahres 2015 erinnert, in dem sich alle damals im Parlament vertretenen Parteien zur Stärkung des Bundesheeres ausgesprochen haben. In der darauffolgenden Amtszeit von Minister Doskozil als Verteidigungsminister, erlebte das Bundesheer einen Aufschwung, der nun wieder vollkommen verebbt ist. Auch die Stimmung innerhalb des Heeres steuert auf einen neuen Tiefpunkt zu. Dass es jetzt, in dieser innenpolitisch turbulenten Zeit, nicht möglich war, dass alle Parlamentsparteien für das Bundesheer an einem Strang ziehen und gemeinsam nochmals mehr Geld für das Bundesheer fordern, ist mehr als irritierend. (Anmerkung: Entschließungsantrag des Nationalrates, der dem Bundesheer für die Jahre 2020 und 2021 aus den ärgsten budgetären Nöten heraushilft).

---

**Auch nach der Regierungskrise schaffen  
die Bediensteten des öffentlichen Dientes  
stabile Verhältnisse**

Eines ist jedoch ganz klar: In den Turbulenzen einer Regierungskrise braucht es für Österreich stabile Verhältnisse. Garanten für stabile Verhältnisse im öffentlichen Bereich

FSG Vorsitzender am Wort

# SCHLUSS MIT DEN EINSPARUNGEN. MEHR FAIRNESS FÜR EUCH!

sind die öffentlich Bediensteten. Wir alle - die Soldatinnen und Soldaten und zivilen Bediensteten des Bundesheeres und der Heeresverwaltung sind es, die jeden Tag mit unserem Einsatz und großem Engagement in unserem Fachgebiet dafür sorgen, dass Österreich am Laufen und stabil gehalten wird. Der öffentliche Dienst in Österreich ist leistungsstark und zukunftsorientiert!

## **Echte Personaloffensive statt leerer Lippenbekenntnisse!**

Um diese guten Standards aufrecht zu erhalten, braucht es vor allem gute Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen. Für die Landesverteidigung braucht es dringend eine Personaloffensive, um einerseits eine Entlastung unserer militärischen und zivilen Bediensteten herbeizuführen. Und andererseits braucht es eine Personaloffensive, um die erwartbaren Abgänge rechtzeitig nachbesetzen zu können. Meine Forderung ist ganz klar: „Echte Köpfe anstelle Zahlentrickserei!“ Denn eines muss jedem Verantwortlichen klar sein: Ein Weiterführen der derzeit viel zu knapp bemessenen Aufnahmekontingente wird zu drastischen Leistungseinbußen führen.

Nicht nur aus Erhebungen wissen wir, dass (durch den gestiegenen Druck in der Arbeitswelt) das Gleichgewicht zwischen Alltag und Beruf zunehmend ins Schwanken gerät. Die FSG fordert daher, dass Bedingungen geschaffen werden, um eine ausgewogene Balance zwischen Arbeit und Freizeit zu ermöglichen. Eine Arbeitszeitverkürzung (bei gleicher Entlohnung) und familiengerechtere Arbeitszeiten könnte diese längst überfällige Entlastung bringen. Auch Formen des altersgerechten Arbeitens, im Sinne einer durchsetzbaren Altersteilzeit, sollten klar geregelt werden.

*„Für mich ist ganz klar:  
Die Bediensteten im Öffentlichen  
Dienst, wozu auch alle SoldatInnen  
und zivilen Bediensteten der  
Landesverteidigung gehören, sind  
in sämtlichen Bereichen das Herz  
der Republik. Ihnen allen gebühren  
Respekt und Wertschätzung für ihre  
Leistungen.“*

Gemeinsam mit dem ÖGB und der AK setzen sich die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen und PersonalvertreterInnen jeden Tag für die Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen ein. Mit eurer Unterstützung können wir kraftvolle Verhandlungen führen sowie Respekt und Wertschätzung für eure Leistungen einfordern.

**Jeder hat die Möglichkeit, aktiv die soziale  
Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst zu stärken.  
Gestalte daher mit uns –  
Deine Arbeit. Dein Leben. Deine Zukunft.**

Für soziale Gerechtigkeit und mehr Fairness braucht es starke, sozial denkende Interessensvertreter auf allen Ebenen. Wir freuen uns über Deine/eure Unterstützung!

Dein/Euer Harald Schifferl



Foto: Josef Möseneder VZ/lt I.R.

## ANGESPANNTE BUDGETÄRE SITUATION OFFENSICHTLICH — WIR MUSSTEN DAHER EINSCHREITEN

Im Juli 2019 brachte die SPÖ, gemeinsam mit der FPÖ, einen Entschließungsantrag (siehe Beitrag auf Seite 7) zur budgetären Stärkung des Heeres ein. Im gleichen Monat stellte ein anderer Politiker die Forderung nach Teiltauglichkeit beim ÖBH. Das Redaktionsteam der FSG im Einsatz traf den Nationalratsabgeordneten Rudolf Plessl, SPÖ-Wehrsprecher und Mitglied des Landesverteidigungsausschusses, und fragte zu aktuellen Themen nach.

**FSG im Einsatz:** Sehr geehrter Herr Nationalrat, im Juli brachte die SPÖ, gemeinsam mit der FPÖ, erneut einen Entschließungsantrag für ein höheres Heeres-Budget ein. Die ÖVP stimmte dagegen und begründete dies, unter anderem, mit einer reinen Show-Aktion von Rot/Blau. Warum machte die SPÖ diesen Schritt?

**Rudolf Plessl:** Nach der vorzeitigen Auflösung der Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ zeigte der Zustandsbericht des ÖBH einen katastrophalen Zustand, ja sogar die verfassungsmäßigen Aufgaben standen in Gefahr gewährleistet zu werden. Um das Budget 2019 abschließen zu können, würde das ÖBH noch mindestens Euro 47 Mill. benötigen. Von einer Show-Aktion kann hier keine Rede sein, dazu ist uns das Thema Sicherheit zu wichtig.

**FSG im Einsatz:** Wie kam es zum gemeinsamen Entschließungsantrag?

**Rudolf Plessl:** Über ein ausreichendes Budget des Österreichischen Bundesheers wurde/ wird seit vielen Jahren diskutiert. Erst Ende 2015 konnte unter einem SPÖ Bundeskanzler ein einstimmiger Beschluss im Nationalrat zur „Sicherheitsmilliarde“ erwirkt werden. In den Jahren 2016 - 2020 wurden zusätzliche Geldmittel für Investitionen, Ausbau und Sanierungen des ÖBH vorgesehen. Bereits unmittelbar nach der vorgezogene Nationalratswahl 2017 und der Regierungsbildung von ÖVP und FPÖ wurde dieser vorgesehene Weg von BM Doskozil - Investitionen in das ÖBH fortzusetzen – nicht mehr umgesetzt. Wir mussten daher einschreiten.

**FSG im Einsatz:** Wir alle spüren die Auswirkungen der Einsparungen am eigenen Leibe. Ihre Einschätzung zur aktuellen und künftigen budgetären Situation beim ÖBH?

**Rudolf Plessl:** Nach jahrelangen FPÖ-Forderungen zur Anhebung des Heeresbudgets auf 1% des österreichischen BIP wurde das ÖBH trotzdem von der FPÖ aus Koalitionsraison endgültig „zu Tode gespart“. Anstatt dringend notwendige Entscheidungen für die Zukunft zu treffen, z.B. Form & Umfang der künftigen Luftraumüberwachung, die Nachbeschaffung von Helikoptern (Ersatz Alouette III), der Ankauf von Fahrzeugen aller Art, dringend notwendige Sanierungen von Kasernen, Investitionen in die Miliz sowie die Aufnahme von dringend benötigtem Personal für „Cyber Defence“-Einheiten, wurde von

Türkis-Blau viel Geld für sinnlose „Projekte“ verschleudert: Stichwort hohe Werbeeinschaltung, vollmundig angekündigte „Sicherheitsinseln“ und Übernahme von Aufgaben anderer Bundesministerien ohne vorherige budgetäre Abgeltung oder Bedeckung.

Dieser unverantwortliche Umgang mit unserer aller Sicherheit konnte erst nach Platzen der VP-FP-Koalition einem dringlichen Entschließungsantrag für budgetäre Sicherheit & Planbarkeit des ÖBH für 2020/21 ein Ende gesetzt werden.

**FSG im Einsatz:** Nun führten im letzten Jahrzehnt ausschließlich SPÖ bzw. FPÖ zugehörige Minister unser Ressort. Wie sehen Sie die Rolle der ÖVP?

**Rudolf Plessl:** Das Abstimmungsverhalten beim Entschließungsantrag zeigt deutlich und ganz klar, wie die einzelnen Fraktionen zum Heer stehen. Dieser Beschluss wurde von SPÖ und FPÖ mehrheitlich beschlossen, wobei die ÖVP-Abgeordneten einstimmig gegen diesen Beschluss gestimmt haben. Der ÖVP Finanzminister war gar nicht gewillt zusätzliches Budget für das ÖBH zur Verfügung zu stellen. Die SPÖ Fraktion hat nun klare Vorgaben für 2020 (2,6 Mrd.) und 2021 (3 Mrd.) vorgesehen, um eine Planbarkeit beim ÖBH zu schaffen. Wir stehen zu dieser Forderung!

**FSG im Einsatz:** Im letzten Monat wurde von der ÖVP der Vorschlag eine Teiltauglichkeit beim ÖBH einzuführen, angedacht. Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag?

**Rudolf Plessl:** Hier haben wir uns als SPÖ-Fraktion klar dagegen ausgesprochen! Unserer Ansicht nach, ist das als „Vorbild“ herangezogene „Schweizer Modell“ nicht mit unserem Wehrsystem kompatibel. Folgende Unterschiede

bestehen: 1. Höhe des Heeresbudgets (CH ca. 4,1 Mrd./ AUT ca. 2,2 Mrd.), 2. Tauglichkeit CH ca. 68% und Teiltauglich ca. 9% (= 77%)/ Tauglichkeit ÖBH ca. 75% und 3. Keine Berücksichtigung des bestehenden Wehersatzdienstes/ Zivildienst (Zuständigkeit BMI). Statt umfassende Änderungen am Dienstsystem des ÖBH anzudenken, müssen wir vielmehr endlich den Auftrag zur

10.000 BeamtInnen aufzustocken blieb unerfüllt. Real ist ein Zuwachs von nur 750 Personen (von 1500 auf 2250) zu verzeichnen. Ein effektiver, gemeinsamer europäischer Grenzschutz bleibt mit solchen Mannstärken weiterhin unmöglich. Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus, die letzte Regierung konzentrierte sich aber sowieso nur auf „Message-Control“!

---

**„Die SPÖ Fraktion hat nun klare Vorgaben für 2020 (2,6 Mrd.) und 2021 (3 Mrd.) vorgesehen, um eine Planbarkeit beim ÖBH zu schaffen. Wir stehen zu dieser Forderung!“**

---

Attraktivierung des Grundwehrdienstes (Volksabstimmung 2013) erfüllen!

**FSG im Einsatz:** Österreich hatte im zweiten Halbjahr 2018 ja wieder einmal den EU-Vorsitz inne, das Motto der österreichischen Präsidentschaft lautete: „Ein Europa das Schützt“. Was ist das Resümee aus Ihrer Sicht?

**Rudolf Plessl:** Von der VP und FP wurde seit 2017 behauptet, bei Zuwanderung & Asyl rigoros für Verbesserungen zu sorgen. Jedoch wurden bisher weder von VP- noch FP-Innenministern Fortschritte erzielt, stattdessen gab es nur „Lippenbekenntnisse“. Ein kurzer Faktencheck nach dem EU-Vorsitz beweist, dass bei diesem „Herzensthema“ von Türkis-Blau keine Durchbrüche oder Erfolge erzielt wurden. Auch die österreichische Forderung, den europäischen Grenzschutz „Frontex“ auf

**FSG im Einsatz:** Das Wehrrecht soll den aktuellen Herausforderungen entsprechen. Ein Entwurf zur Aktualisierung, Wehrrechtsänderungsgesetz 2019, liegt vor. Hauptgesichtspunkte der Änderung sind unter anderem, die Aufgaben des ÖBH im Bereich der Cyber-Sicherheit genauer zu definieren und das Militärbefugnisgesetz anzupassen. Ihre Meinung zum Entwurf?

**Rudolf Plessl:** Zuerst möchte ich ein Missverständnis aufklären, denn die geplante Novellierung des

Wehrrechtsänderungsgesetzes umfasste zahlreiche Gesetzesmaterien. Daher wurde zwischen allen Fraktionen vereinbart, diese Novelle intensiv und umfassend im LV-Ausschuss zu behandeln. Für uns ist eine Stärkung der parlamentarischen Kontrolle im Falle zusätzlicher Möglichkeit zur Datenerlangung und -verarbeitung durch das ÖBH unverzichtbar. Mangels Interesse von VP und FP zur Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte, kann eine Novelle erst nach der Wahl erfolgen.

**Auf einen Blick**

# BESOLDUNGSREFORM 2019

Am 3. Juli 2019 wurde im Nationalrat die 2. Dienstrechtsnovelle 2019 beschlossen. In deren Rahmen erfolgte eine durch die EUGH-Urteile vom 8. Mai notwendige Reparatur des Besoldungssystems im Bundesdienst.

**Altersdiskriminierte Kolleginnen und Kollegen werden entschädigt. Niemand erleidet durch die Besoldungsreform 2019 Verluste in der Lebensverdienstsumme.**



## BESOLDUNGSREFORM: AUSWIRKUNGEN AUF DIE VERSCHIEDENEN PERSONENGRUPPE

Dienstverhältnis ab:	Berechnungsform	Auswirkungen	Maßnahme durch den Bediensteten
<b>Eintritt ab Februar 2015</b>	Vordienstzeiten bereits altersdiskriminierungsfrei im System berechnet	Grenze der einschlägigen Berufstätigkeit wurde beseitigt, Präsenz-, Ausbildungs- u. Zivildienstzeiten nun im vollen Umfang anrechenbar	Antragsformular oder formloser Antrag bei der zuständigen Dienstbehörde oder Personalstelle einbringen.
<b>Eintritt ab 31. August 2010</b>	Vordienstzeiten ab der 9. Schulstufe wurden bereits angerechnet. Die Höchstgrenze der Anrechenbarkeit von Zeiten im öffentlichen Interesse wurde beseitigt.	Zeiten im öffentlichen Interesse können nun im vollen Umfang eingerechnet werden.	Formloser Antrag bei der zuständigen Dienstbehörde oder Personalstelle einbringen.
<b>Eintritt vor dem 31. August 2010</b>	Umfangreiche Neuberechnung der Vordienstzeiten.	Neuberechnung erfolgt aufgrund der Aktenlage. Alle im Personalakt bekannten Ausbildungs-, Schul- u. Berufszeiten werden qualifiziert	Amtswegige Neuberechnung, das Ergebnis wird dem Bediensteten nachweislich zur Kenntnis gebracht – danach 6 Monate Zeit zusätzliche Vordienstzeiten anzugeben – danach erfolgt eine verbindliche Mitteilung, mit jeweiligen Rechtsmitteln
<b>Ausgeschiedene Bedienstete, Pensionisten, Beamte im Ruhestand</b>	Umfangreiche Neuberechnung der Vordienstzeiten	Neuberechnung erfolgt aufgrund der Aktenlage. Alle im Personalakt bekannten Ausbildungs-, Schul- u. Berufszeiten werden qualifiziert	Antragsformular ausfüllen und bei der ehemaligen Dienststelle einlaufen lassen (gilt nur für Personen die seit weniger als 3 Jahren nicht mehr im aktiven Dienststand sind – Verjährungsfrist)

Passendes Antragsformular kann unter „GÖD Besoldungsreform – Antragsformular“ oder [www.goed.at/aktuelles/news/vordienstzeiten2019](http://www.goed.at/aktuelles/news/vordienstzeiten2019) heruntergeladen werden.

## VALORISIERUNG DES FAHRTKOSTENZUSCHUSSES

Auf Grund der Verlautbarung der Bundesanstalt Statistik Österreich vom 17. Juli 2019 ändert sich die Höhe des Fahrtkostenzuschusses in den Fällen

- 1. des § 20b Abs. 2 Z 1 GehG bei einer einfachen Fahrtstrecke von**
  - a) 20 km bis 40 km ..... von 19,63 Euro auf 20,64 Euro,
  - b) 40 km bis 60 km ..... von 38,81 Euro auf 40,80 Euro,
  - c) über 60 km..... von 58,02 Euro auf 60,99 Euro,
- 2. des § 20b Abs. 2 Z 2 GehG bei einer einfachen Fahrtstrecke von**
  - a) 2 km bis 20 km ..... von 10,68 Euro auf 11,23 Euro,
  - b) 20 km bis 40 km ..... von 42,38 Euro auf 44,55 Euro,
  - c) 40 km bis 60 km ..... von 73,76 Euro auf 77,54 Euro,
  - d) über 60 km..... von 105,34 Euro auf 110,74 Euro.

Die Änderung der Beträge wird mit 1. September 2019 wirksam.

## Budget

# ZWEI PARTEIEN WOLLEN HEER MIT 3 MILLIARDEN-BUDGET RETTEN

Wien: Der Nationalrat hat im Juli heurigen Jahres einen Entschließungsantrag beschlossen, der dem Bundesheer für die Jahre 2020 und 2021 aus den ärgsten budgetären Nöten heraushelfen soll.

SPÖ-Wehrsprecher Rudolf Plessl, der gemeinsam mit FPÖ-Wehrsprecher Reinhard Bösch den Antrag eingebracht hat, hält die Entscheidung für notwendig und unabdingbar; denn anders könne das Bundesheer seinen verfassungsrechtlich vorgesehenen Pflichten nicht mehr nachkommen.

**2,6 Mrd. Euro für das Jahr 2020  
zuzüglich der bereits genehmigten  
Sonderinvestitionspakete –  
2021 3 Mrd. Euro!**

Der Entschließungsantrag sieht vor, dass es für den Abbau des Investitionsrückstaus im Bereich der militärischen Ausrüstung, Gerät und Kaserneninfrastruktur eine budgetäre Ausstattung in der Höhe von 2,6 Mrd. Euro für das Jahr 2020 – dies auf Basis des BFRG zuzüglich der bereits genehmigten bzw. in Umsetzung befindlichen Sonderinvestitionspakete „Hubschrauber und Mobilität“ – und 3 Mrd. für das Jahr 2021 geben soll.

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass, im Hinblick auf den Investitionsrückstau des Österreichischen Bundesheeres im Bereich der militärischen Ausrüstung, Gerät und Kaserneninfrastruktur, das Ziel der Fortschreibung des Aufwärtstrends der letzten Jahre beim Bundesheer im Sinne des Allparteiantrags vom November 2015, weiterverfolgt und eine budgetäre Ausstattung in der Höhe von 2,6 Mrd für das Jahr 2020 – dies auf Basis des BFRG zuzüglich der bereits genehmigten bzw. in Umsetzung befindlichen Sonderinvestitionspakete „Hubschrauber und Mobilität“, und 3 Mrd für das Jahr 2021 vorgesehen wird.

In den weiteren Jahren sind die notwendigen budgetären Mittel zur Verfügung zu stellen, um einen verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres zu gewährleisten.

Große Beschaffungsvorhaben, wie zum Beispiel Flugzeuge für die Luftraumüberwachung, sind durch weitere Investitionspakete zusätzlich zum Regelbudget abzudecken.“

„Es freut mich für die gesamte Kollegenschaft. Die Budgeterhöhung schafft Sicherheit. Ich appelliere an jene Politiker, die sich der Initiative verweigerten, nicht wieder in alte Muster zu verfallen und zu blockieren, sondern gemeinsam den Beschluss mit Nachdruck umzusetzen.“, meint Vzlt Reinhard Atteneder.

**> Entschließungsantrag vom Juli 2019 beim dem Bundesheer Planungssicherheit schaffen. SPÖ und FPÖ dafür. ÖVP dagegen.**



**> Abstimmungsverhalten der anwesenden Parlamentarier zum eingebrachten Entschließungsantrag: SPÖ und FPÖ stimmten für den Entschließungsantrag, ÖVP verweigerte die Zustimmung und blieb sitzen.**



Zentralausschuss: Gemeinsames Gremium – gemeinsame Erfolge

## „HARTE BRETTER BOHREN“ – AUSDAUERND UND MEHRMALS KRÄFTIG!

> Unser Vorsitzender Harald Schifferl versucht immer den Konsens mit allen im ZA vertretenen Fraktionen zu suchen. Wir wissen - streiten bringt den Bediensteten nichts!

Gemäß Personalvertretungsgesetz ist die Tätigkeit von Personalvertretern ein unbesoldetes Ehrenamt, das grundsätzlich neben den Berufspflichten auszuüben ist. Weiters legt das Gesetz fest, dass Personalvertreter in Ausübung ihrer Personalvertretungstätigkeit an keine Weisungen gebunden sind. Weiters, dass Personalvertreter in der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht beschränkt werden dürfen und dass Personalvertretungstätigkeiten möglichst ohne Beeinträchtigung des Dienstbetriebes auszuüben sind.

Demgegenüber wird nirgendwo beschrieben, dass **Personalvertretung** sehr oft dem „**Bohren harter Bretter**“ gleichkommt. Dass dies so ist, erleben neue Personalvertreter recht rasch.

**Erfahrene Personalvertreter wissen auch ganz genau, dass Personalvertretung keine „One-Man-Show“ ist. Gute Lösungen für die Bediensteten können dann erreicht werden, wenn gemeinsam und miteinander gearbeitet und verhandelt wird.**

Ein hartes Brett, das es ständig zu bearbeiten gibt, ist der drastische Geldmangel für das Bundesheer. Diese Budgetnot trifft mittlerweile das Personal voll - z.B. beim **Aufnahmekontingent** für das heurige Jahr. In intensiven Verhandlungen ist es dem Zentralausschuss gelungen, dass sowohl bei den MZCh in anspruchsvoller Funktion als auch bei den Zivilbediensteten mehr Personal, als bislang geplant war, im Jahr 2019 aufgenommen werden kann. Dies ist nur eine kleine Verbesserung, **weitere und größere Aufnahmekontingente sind dringend erforderlich.**

Das **Küchen- und Verpflegs-Management** ist ein weiteres wichtiges Thema, mit dem sich nicht nur der Zentralausschuss immer wieder beschäftigt. Auch viele Dienststellenausschüsse vor Ort unternehmen immer wieder Initiativen zum Erhalt oder zur Verbesserung der Verpflegung der Bediensteten in den einzelnen Standorten. Dass mittlerweile von den vier Zentralküchen abgegangen und auf mehrere (aus Sicht der Personalvertretung noch immer viel zu wenige) Regionalküchen umgestellt wurde, ist

ebenfalls als kleiner Erfolg der beharrlichen Arbeit der Personalvertretung zu sehen. Wir werden auch hier nicht lockerlassen und weitere Verbesserungen einfordern.

Um **Lösungen im Sinne der Bediensteten** bei den Themen „**Mehrdienstleistungen bei Gleitzeitdienstplan**“ und „**Telearbeit im BMLV**“ zu erreichen, waren ebenfalls Hartnäckigkeit und lange Verhandlungen (letztendlich bis zum Bundesminister) des Zentralausschusses notwendig.

Die unter Minister Kunasek erfolgte **Reduzierung der KIOP/KPE-Struktur** auf 2600 konnte leider bislang nicht verändert werden (Ziel zumindest 2800). Besonders das **Personal im Luftbereich** ist von dieser Einsparungsmaßnahme **massiv betroffen.**

## Mit fremden Federn schmücken

# NUR WER VERLIERT AM ENDE SEIN FEDERKLEID?

Wer kennt diese Redewendung von der Krähe, die sich mit lauter schönen Pfauenfedern schmückte und herumstolzierte, nicht. Und genauso alt wie die Redewendung ist, genauso lang versuchen immer wieder Menschen sich mit den Leistungen andere zu schmücken. Lob und Anerkennung für Dinge zu bekommen, für die sie gar nichts oder nur teilweise verantwortlich waren.

Auch bei uns, der Personalvertretung im Bundesheer, tut sich dabei eine Fraktion besonders stark hervor. Fast hyperaktiv sammelt sie jede erdenklich positive Meldung auf, um sie anschließend sofort als eigenen Erfolg zu verkaufen

und medial auszuschlachten. Man kann sich als Beobachter kaum des Eindrucks erwehren, dass dieses, beinahe hysterische Verhalten nur die letzten schwachen 17 Monate der eigenen Regierungsverantwortlichkeit überdecken soll.

Stolz und selbstbewusst präsentiert sich diese Fraktion als Retter einzelner Liegenschaften und Truppenkörper, sowie als Gönner aller Bediensteten im Bundesheer. Schmückt sich mit dem Federkleid einer starken Gewerkschaft mit bestem Rechtsschutz und ist in Wahrheit nur ein kleiner burgenländischer Verein.



> Wenn nun am Ende einer Periode eine Fraktion alles Gute für sich verbuchen will und alles Schlechte anderen in die Schuhe schiebt, dann gibt es ein Sprichwort dafür: Mit fremden Federn schmücken!

In der römischen Fabel verliert die Krähe all ihr Federkleid und steht schlussendlich als gerupfter Vogel da. Für uns, als aufmerksame Beobachter im Heer, stellt sich nur die Frage:

**Sind es nicht wir, die Bediensteten, die am Schluss als gerupfte Vögel dastehen, wenn wir eine solche Gruppierung unterstützen?**



Meine Versicherung

Die ÖBV Pensionskontoberatung



# Reinschauen zahlt sich aus.

Tel. 059 808  
service@oebv.com  
www.oebv.com

Mit Überblick besser vorsorgen. Mit meiner ÖBV.

## Lehrlingsausbildung in OÖ

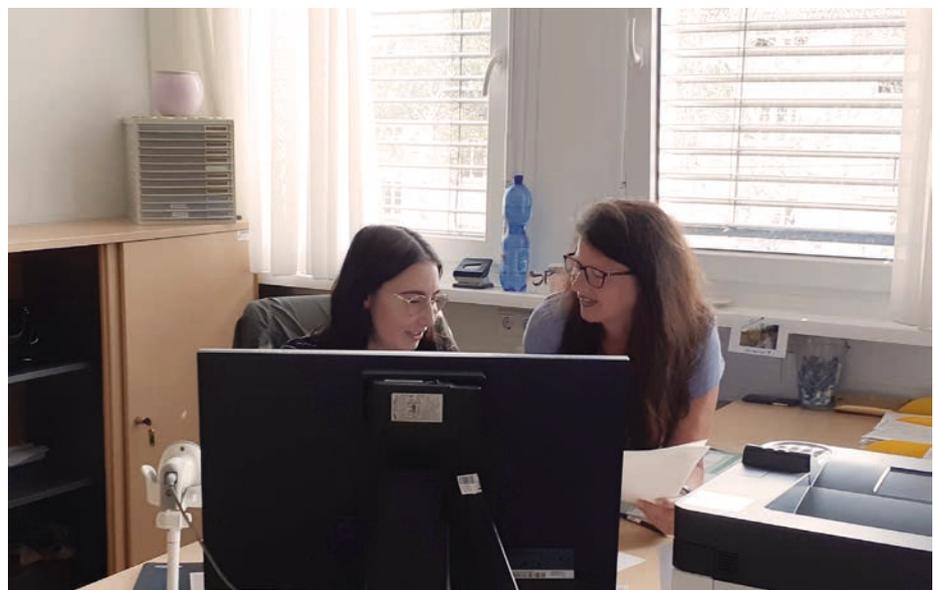
# ZUKUNFT GESTALTEN: PERSONALABGANG ENTGEGENWIRKEN

Im AGG Linz werden seit ca. 2 ½ Jahren Lehrlinge im Lehrberuf VerwaltungsassistentIn ausgebildet. Eine der Auszubildende konnte bereits die Ausbildung erfolgreich abschließen. Vier Lehrlinge unterstützen derzeit die Abteilungen. Im September wird ein weiterer dazukommen.

Der Entschluss Lehrlinge auszubilden ist für beide Seiten, sowohl für die Lehrlinge als auch für die Ergänzungsabteilung, ein absoluter Gewinn. Einerseits erhält der/die DienstnehmervorteilerIn vor Ort die Möglichkeit junge Menschen in das doch sehr veraltete (siehe Durchschnittsalter) System aufzunehmen, andererseits besteht zumindest die Hoffnung, die Lehrlinge nach dem Lehrabschluss unbefristet zu übernehmen.

Zum Zeitpunkt der Lehrabschlussprüfung sind die Mädels und Jungs bestens in das System integriert und eingearbeitet. Diese Menschen sind die Zukunft der Ergänzungsabteilung. Sie sichern die Nachfolge und Arbeitsbereitschaft. In ihrer Lehrzeit werden sie von Ausbilder und Lehrer betreut, die über ein enormes Wissen im Ergänzungswesen verfügen. Das KnowHow der „alten Hasen“ bleibt in den Abteilungen, dadurch kann ein drohender Wissensverlust durch Ruhestandsabgänge abgewendet werden.

Diese jungen Menschen sind in jeder Hinsicht eine Bereicherung. Neben der



**> FOInsp Renate Schimmel mit Anna Janny, Auszubildende in der Ergänzungsabteilung. Das Projekt Lehrlingsausbildung im AGG Linz ist ein Erfolgsmodell. Bereits fünf Auszubildende wurden aufgenommen. Die FSG-Personalvertretung setzt sich für die Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis ein.**

neuen Herausforderung für die Bediensteten der Ergänzungsabteilung, bringen die Lehrlinge auch einen frischen Wind in den doch etwas „verbeamteten“ Alltag. Für die meisten Lehrlinge sind mittlerweile die Mitarbeiter der Ergänzungsabteilung wie eine zweite Familie geworden – eine nicht zu vergessende soziale Komponente.

Im Sinne – Zukunft gestalten – setzen wir - die FSG - uns für diese jungen Menschen ein und geben ihnen eine Chance, ihr angeeignetes Wissen und Können langfristig im Bereich der Ergänzungsabteilung anwenden zu können. Voraussetzung dafür ist eine Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis.

### IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: GÖD Bundesheergewerkschaft, Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, BMLVS, Roßauer Lände 1, 1090 Wien · Die Zeitschrift FSG IM EINSATZ ist das Fachperiodikum der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen im Bundesheer und informiert alle Bediensteten des Ressorts über aktuelle Themen mit Bezug auf die Personalvertretung im Bundesheer. · Bildquellen: wenn nicht angegeben FSG GÖD · Satz und Layout: Mag. Daniel Blazej, M.A. – [www.blickfunk.at](http://www.blickfunk.at)

## Alle Fachausschüsse bleiben

# ANGRIFF AUF DEINE/EURE INTERESSENVERTRETUNG ABGEWEHRT!

Im Österreichischen Bundesheer gibt es seit langem eine auf Fachbereiche und auf die Bedürfnisse der Bediensteten ausgerichtete Organisation von regionalen und österreichweiten Fachausschüssen. Diese erfolgreiche und bestens bewährte Struktur der Personalvertretung sollte, aus politischen Motiven heraus, geändert oder anders gesagt: die Vertretung der Bediensteten sollte verschlechtert werden!



> FSG Vorsitzender Harald Schifferl mit dem dem Vorsitzenden des FA MIMZ Franz Fassold

*„Der Fachausschuss Militärisches Immobilienmanagement ist das starke Sprachrohr für rund 800 Kolleginnen und Kollegen. Wir haben für unsere Bediensteten gekämpft. Nur so konnte der von blauer Seite politisch motivierte Angriff abgewendet werden.“*

**FRANZ FASSOLD**  
Vorsitzende FA MIMZ

Dementsprechend gab es während der Amtszeit von Minister Kunasek mehrere Versuche, die Interessenvertretung der militärischen und zivilen Bediensteten zu schwächen und das Personalvertretungsgesetz einseitig (ohne Einbindung des ZA/BMLV oder der GÖD) entsprechend abzuändern. Politisches (und von der AUF/AFH unterstütztes oder geduldetes) Ziel war es, einen oder mehrere Fachausschüsse zu streichen.

Bemerkenswert ist dies insofern, denn erstens wurde vom ehemaligen BM Kunasek immer wieder auf seine Tätigkeit als AUF/AFH Personalvertreter verwiesen. Und zweitens sollte im ersten Schritt genau jener Fachausschuss (FA Militärisches Immobilienmanagement) zu Fall gebracht werden, in dem die AUF/AFH aufgrund schlechter Wahlergebnisse bis dato nicht vertreten ist. Als weiteren Schritt gab es Ansätze einen zweiten Fachausschuss (in dem die AUF/AFH eine Minderheitenpo-

sition innehat) zu streichen (FA LUFT). Dass die vom ehemaligen Bundeskanzler Kurz geführte Regierung einseitig Eingriffe in die Mitbestimmungsrechte der arbeitenden Menschen und deren Interessenvertretung vornahm, war rasch erkennbar.

Anpassungen des Personalvertretungsgesetzes an die jeweils aktuelle Organisation des Bundesheeres hat es immer gegeben und wird es auch in Zukunft geben müssen. Einen derart politisch motivierten Angriff auf die Mitbestimmungsrechte der SoldatInnen und zivilen Bediensteten hat es jedoch noch nie gegeben. Für die FSG war immer klar, ein einseitiger Angriff auf Deine/Eure Vertretung werden wir nicht kampflos und ohne Gegenwehr zur Kenntnis nehmen. Viele Gespräche mit der GÖD und den zuständigen BeamtInnen des BKA bzw. BMÖDS wurden geführt. Eine Vielzahl an Argumenten und Begründungen für die Beibehaltung

der bewährten Fachausschuss-Struktur wurde übermittelt. Wichtig war dabei, dass es in dieser für die Bediensteten wichtigen Angelegenheit von Beginn an ein gemeinsames Vorgehen von FSG und FCG gab. Dieses gemeinsame Vorgehen hat letztendlich dazu geführt, dass alle Fachausschüsse beim Bundesheer weiterhin bestehen bleiben und dass dies durch einen von Günther Tafeit (FCG) und Harald Schifferl (FSG) akkordierten Text im Personalvertretungsgesetz normiert wurde.

Abschließend ist festzuhalten: der von blauer Seite politisch motivierte Angriff auf Deine/Eure Interessenvertretung wurde abgewendet. Neben den neun Fachausschüssen in den Bundesländern werden im Bundesheer auch weiterhin drei überregionale Fachausschüsse das Sprachrohr der Bediensteten sein und sich als Organe der Personalvertretung für die Rechte der KollegInnen einsetzen.



Ehre und Pflicht

# IM EINSATZ FÜR DIE GARDE

Die Garde ist einer der wichtigsten militärischen Verbände in Wien. Ihre Soldaten repräsentieren bei unzähligen Anlässen das offizielle Österreich. Wäre das nicht schon genug, umfasst ihr Auftragspektrum auch infanteristische Aufgaben und monatelange Einsätze an der Staatsgrenze. Das Redaktionsteam traf den Dienstführenden der 1. Gardekompanie, OStWm Dario Skelo. Er tritt als Spitzenkandidat bei der kommenden PV-Wahl bei der Garde an.

**FSG im Einsatz:** Dario, wie kam es dazu, dass Du nun bei der Personalvertreterwahl antrittst?

**Dario Skelo:** Im Zuge des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes im Februar 2019 habe ich Vizeleutnant Reinhard Atteneder kennen gelernt. Während unserer Zusammenarbeit hatten wir Gelegenheit uns besser kennen zu lernen. Bei vielen unserer Gespräche stellte sich heraus, dass wir einen gemeinsamen Konsens haben. Trotzdem kam seine Frage, ob ich bei der Personalvertreterwahl kandidieren möchte, überraschend.

**FSG im Einsatz:** Hast du gleich zugesagt?

**Dario Skelo:** Ich habe gründlich darüber nachgedacht. Mich mit meiner Familie beraten. So wie ich mich kenne, möchte

ich immer mein Bestes geben, was auch immer ich tue. Und natürlich weiß ich das diese ehrenamtliche Aufgabe viel Zeit, die in unserem Beruf ohnehin sehr kostbar ist, in Anspruch nimmt. Daher hatte meine Familie auch ein Mitspracherecht.

**FSG im Einsatz:** Welche Beweggründe gaben dann den Ausschlag sich der Wahl zu stellen?

**Dario Skelo:** Ich bin nun seit 2002 beim österreichischen Bundesheer. In den letzten fast 17 Jahren habe ich verschiedene Aufgabenbereiche erfüllt. Mit Kameradinnen und Kameraden aus ganz Österreich zusammengearbeitet. Durch diese persönlichen Gespräche habe ich viel über Probleme und Anliegen der Kameradinnen und Kameraden erfahren. Für ihre Bedürfnisse habe ich mich

immer eingesetzt. In Zukunft möchte ich es auch verstärkt als Personalvertreter tun. Ein wichtiger Beweggrund war mein Verständnis von Demokratie. Ich möchte klar und sachlich Alternativen bei der Garde aufzeigen.

**FSG im Einsatz:** Wie schätzt du das allgemeine Arbeitsumfeld bei der Garde ein?

**Dario Skelo:** Ich habe festgestellt, dass das soziale Umfeld der Bediensteten großen Einfluss auf sie und ihre Leistung hat. Wie überall sonst auch braucht es auch beim Bundesheer bestimmte Grundmittel, eine Basis, um reibungslos die Aufgaben zu erfüllen, die der österreichische Staat und die Bürger von uns erwarten. Wir haben in letzter Zeit auf Vieles verzichten müssen. Dies erschwerte unsere Arbeit enorm. Auch

unsere Kameradschaft kann das nicht aufwiegen.

#### **FSG im Einsatz: Welche Ziele hast Du dir mit Deinem Team gesteckt?**

**Dario Skelo:** Wir sind ein sehr junges Team. Starten mit viel Elan und neuen Ideen. Die Bedürfnisse unserer Kameradinnen und Kameraden sind teils allgemein, teils aber auch sehr individuell. Wir werden für alle Anfragen ein offenes Ohr haben und unser Bestens tun um helfen und unterstützen zu können. Besonders wichtig für uns ist es, das gegenseitige Verständnis füreinander, sowie die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des anderen zu fördern, ohne dabei den militärischen Auftrag zu vernachlässigen. Ein Gardist spürt oftmals das Spannungsfeld zwischen Beruf und Privatleben. Beispiele dafür gibt es unzählige, gerade bei den häufigen Verlegungen und Einsätzen, welche nur unter teilweiser Zurückstellung der persönlichen Bedürfnisse funktionieren. In diesem Spannungsfeld wollen wir Sprachrohr für alle Kameradinnen und Kameraden der Garde sein.

**FSG im Einsatz: Als Personalvertreter bist du mit deinen Wertevorstellungen Sprachrohr für die Kameraden und triffst wichtige Entscheidungen. Wer ist der Mensch in Uniform? Was ist für dich wichtig?**

**Dario Skelo:** Als ich jung war, sagte meine Großmutter etwas zu mir, dass mich bis heute prägt und begleitet. „Mir ist es wichtig, dass du ein Mensch bist.“ Den Menschen als soziales Wesen zeichnet das Interesse und die Fürsorge für andere, ganz gleich ob es seine Familienmitglieder, Freunde, Nachbarn, Kollegen oder Kameradinnen und Kameraden sind, aus. Ich bin gerne unter Menschen, der Kontakt mit Ihnen lehrt mich und gibt mir einfach viel. Gegenseitiger Respekt und Toleranz sowie Verständnis sind die Hauptbestandteile unserer Gesellschaft und auch der Garde. Diesen Geist und Charakter möchte ich erhalten, denn ich sehe die Garde als einen der Verbände, der auch unter widrigsten Umständen, unabhängig von der politischen Landschaft, ihren Auftrag erfüllt. Und für meine Kameradinnen und Kameraden der Garde möchte ich mich als Personalvertreter einsetzen.



#### **Militärische Ausbildung / Verwendung**

- September 2002 eingerückt zur 1. Gardekompanie
- 2007 Ausgemustert als Wachtmeister
- 2007-2012 Gruppenkommandant
- 2012-2017 Stellvertretender Zugskommandant
- 2017-2019 Zugskommandant
- Seit Jänner 2019 Dienstführender der 1. Gardekompanie

#### **Steckbrief**

- Name: Dario Skelo
- Geburtstag: 29.11.1982
- Geburtsort: Zenica
- Familienstand: verheiratet, 2 Kinder

## **Personelle Weichenstellung für den DA WIEN**

# **NEUER SPITZENKANDIDAT FÜR DEN DIENSTSTELLENAUSSCHUSS BMLV**

Um die Betreuung der Bediensteten bestmöglich sicherzustellen und die Herausforderungen auch in Zukunft im Sinne der Kolleginnen und Kollegen zu meistern, hat sich die FSG der Zentralstelle neu aufgestellt. Rund um den, in der Zentralstelle anerkannten, erfahrenen Personalvertreter und Gewerkschafter Wolfgang Zorko, wird sich zukünftig ein starkes Team mit Herz und Gespür für die Menschen um die Anliegen und Sorgen der Bediensteten kümmern.



**> Mit Wolfgang Zorko führt ein erfahrener Personalvertreter das Team der FSG im Dienststellenausschuss BMLV an.**

## Ehrenamt soll Ehrenamt bleiben

# VORSICHT VOR HÜTCHENSPIELERN!

Jede wahlwerbende Fraktion bereitet sich auf die kommende PV-Wahl vor. Nicht zuletzt durch die Ibiza-Affäre ist die Art und Weise wie einzelne Fraktionen arbeiten, Geld lukrieren und Wahlwerbung betreiben in den Fokus gerückt. Nun mehren sich auch in unserem Ressort die Gerüchte, dass ein Gruppierung durch finanzielle Zuwendungen KollegInnen versucht zu gewinnen.

Am 27. und 28. November 2019 finden die nächsten Personalvertretungswahlen statt. Um die Wahlauseinandersetzung im Bundesheer und im BMLV auf einen vernünftigen Zeitraum zu begrenzen, wird durch eine interne Verordnung die Wahlkampfphase auf die letzten 8 Wochen vor den Wahltagen festgelegt. Erste Vorläufer der Personalvertretungswahl sind vereinzelt dennoch zu bemerken. Es fällt natürlich auf, dass zufällig (und eigentlich nur) in einem Wahljahr z.B. ein Kipferl am Morgen oder ein Eislutscher an einem heißen Tag verteilt wird. Anscheinend ist die eine oder andere Gruppierung schon nervös und versucht so einen Frühstart in den Wahlkampf.

Generell sind derzeit die einzelnen Fraktionen noch mit den Vorbereitungsarbeiten zur PV-Wahl beschäftigt. Dazu gehört auch die Phase der Suche von Kandidatinnen und Kandidaten und der Listenerstellung für alle DA und FA –

Bereiche, sowie für den ZA. Auch wenn die Zugänge unterschiedlich sind, so ist diese Phase für jede wahlwerbende Gruppe immer eine spannende – nicht nur wegen der vielen Gespräche, die geführt werden.

Die Tätigkeit als PersonalvertreterInnen ist ein unbesoldetes Ehrenamt, das neben den Berufspflichten auszuüben ist. Seit einigen Wochen gibt es jedoch das Gerücht, dass eine Gruppierung versuchen soll, durch finanzielle Zuwendungen Kolleginnen und Kollegen für eine Kandidatur bei der PV-Wahl 2019 zu gewinnen. Kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht über Korruption, Postenschacher, unerlaubten Geldflüssen und damit verbundenen Hausdurchsuchungen bei hochrangigen Politikern und Wirtschaftstreibenden lesen müssen. Jeder Bedienstete muss sich schlussendlich fragen, wo das Geld bzw. die massive Unterstützung herkommt. Das gilt



*„Ich kann jenen Kolleginnen, denen finanzielle Zuwendungen angeboten wurde oder wird, nur anraten, dies nicht anzunehmen und entsprechend (wie z.B. Bestechungsversuch) zu melden“*

**HARALD SCHIFFERL**  
Vorsitzender FSG im Bundesheer

auch für die einzelnen Fraktionen der Personalvertretung.

Harald Schifferl, Spitzenkandidat der FSG, vergleicht derartige Methoden der KandidatInnengewinnung mit den Tricks von Hütchenspielern. Wir alle wissen, dass nur der Hütchenspieler und seine Komplizen als Gewinner übrigbleiben. Alle anderen sind bei diesem System Verlierer.

**> Geldannahme: Die Tätigkeit des Personalvertreters ist ein unbesoldetes Ehrenamt (PVG §2.2) Im diesem Zusammenhang muss auch auf den Verhaltenskodex, die Bestimmungen zur Geschenkkannahme und die Dienstpflichten von öffentlich Bediensteten hingewiesen werden**



# Mitgliedsanmeldung

Akad. Titel  Anrede  Staatsbürgerschaft  Geschlecht  männl.  weibl.

Familienname, Vorname  Beitritt ab

Wohnadresse

PLZ  Ort

Telefonnummer  SV-Nr./Geb.-Datum

E-Mail

Ich willige ein, dass die GÖD mich telefonisch bzw. per elektronischer Post (§107 TKG) kontaktieren darf, um über Serviceleistungen, etwa Aktionen für Tickets, Bücher, Veranstaltungen udgl., zu informieren und sonstige Informationen zu übermitteln. Die Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.

Beamter/in  
 Vertragsbedienstete(r)  
 Angestellte(r)  
 Lehrling  
 Student/in, Schüler/in  
 Sonstige:

Beschäftigt bei (Dienststelle)

Anschrift Dienststelle

PLZ  Ort

Bundesvertretung  BetreuerIn/WerberIn

Waren Sie bereits Mitglied des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ab 1945?  Ja  Nein

Wenn ja, bei welcher Gewerkschaft?

Angabe der Mitgliedsnummer

Ich bestätige, die umseitige Datenschutzerklärung (auch abrufbar unter [www.oegb.at/datenschutz](http://www.oegb.at/datenschutz)) zur Kenntnis genommen zu haben.



Ort, Datum

Unterschrift der Dienstnehmerin/des Dienstnehmers

## Beitragseinbehalt durch den Dienstgeber

Ich erkläre mich einverstanden, dass mein Gewerkschaftsbeitrag durch den/die Dienstgeber/in, Arbeitgeber/in von meinem Bezug/Gehalt/Lohn bzw. durch die PVA/pensionsauszahlende Stelle von meiner Pension einbehalten und überwiesen wird; und ich deshalb meine Einwilligung erteile, dass meine im Zusammenhang mit der Beitragseinhebung erforderlichen personenbezogenen Daten (dies sind in jeweils aktueller Form die oben angegebenen Daten und Gewerkschaftszugehörigkeit, Personalnummer, Adressänderungsdaten,

Einreihung, Bedienstetenkategorie, Beitragsdaten, Karenzzeiten, Präsenz-, Ausbildungs- und Zivildienstzeiten, Eintritts-/Austrittsdaten, KV-Zugehörigkeit und Pensionierungsdatum von meinem Arbeitgeber und der Gewerkschaft verarbeitet werden dürfen und ermächtige den/die Arbeitgeber/in, diese Daten an den Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu übermitteln. Diese Einwilligung kann jederzeit gegenüber der GÖD widerrufen werden.

An die bezugsauszahlende Stelle  Abzug ab

Akad. Titel  Familienname, Vorname

SV-Nr./Geb.-Datum  Personalnummer



Ort, Datum

Unterschrift der Dienstnehmerin/des Dienstnehmers

## Datenschutzerklärung

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. In dieser Datenschutzerklärung informieren wir Sie über die wichtigsten Aspekte der Datenverarbeitung im Rahmen der Mitgliederverwaltung. Eine umfassende Information, wie die GÖD/der ÖGB mit Ihren personenbezogenen Daten umgeht, finden Sie unter [www.oegb.at/datenschutz](http://www.oegb.at/datenschutz).

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer Daten ist der ÖGB. Wir verarbeiten die umseits von Ihnen angegebenen Daten mit hoher Vertraulichkeit, nur für Zwecke der Mitgliederverwaltung der Gewerkschaft und für die Dauer Ihrer Mitgliedschaft bzw. solange noch Ansprüche aus der Mitgliedschaft bestehen können. Rechtliche Basis der Datenverarbeitung ist Ihre Mitgliedschaft in der GÖD/im ÖGB; soweit Sie dem Betriebsabzug zugestimmt haben, Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der dafür zusätzlich erforderlichen Daten.

Die Datenverarbeitung erfolgt durch die GÖD bzw. den ÖGB selbst oder durch von diesem vertraglich beauftragte und kontrollierte Auftragsverarbeiter. Eine sonstige Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt nicht oder nur mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung. Die Datenverarbeitung erfolgt ausschließlich im EU-Inland.

Ihnen stehen gegenüber der GÖD/dem ÖGB in Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung zu. Gegen eine Ihrer Ansicht nach unzulässige Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit eine Beschwerde an die österreichische Datenschutzbehörde ([www.dsb.gv.at](http://www.dsb.gv.at)) als Aufsichtsstelle erheben.

Sie erreichen uns über folgende Kontaktdaten:

Gewerkschaft Öffentlicher Dienst  
Teinfaltstraße 7, 1010 Wien  
Telefon: 01/534 54-0; E-Mail: [goed@goed.at](mailto:goed@goed.at)



Den Datenschutzbeauftragten des ÖGB erreichen Sie unter:  
[datenschutzbeauftragter@oegb.at](mailto:datenschutzbeauftragter@oegb.at)



**vös**  
SEIT 1966

Bessere Antworten  
Wie  
Alles  
Geht.

Unser Angebot für den  
Kredit Ihrer alten Bank:  
**Kredit  
tauschen  
und  
weniger  
zahlen!**

Oder  
100 Euro  
geschenkt

**BAWAG  
PSK**

Nähere Informationen bei Ihrem Betriebsrat/Personalvertreter  
oder bei Ihrem/r BAWAG P.S.K. BetreuerIn.

[bawagpsk.com](http://bawagpsk.com)

Neukundenaktion für Konsumkredite oder Hypothekarkredite bei vollständig grundbücherlicher Besicherung des Kredites.  
Stand: Juni 2019, Änderungen vorbehalten